



**Erhard Grundl**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

#### **Büro Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon 030 227 – 79006  
Fax 030 227 – 70009  
E-Mail: [erhard.grundl@bundestag.de](mailto:erhard.grundl@bundestag.de)

#### **Büro Niederbayern**

Regierungsstr. 545  
84028 Landshut

Telefon 0871 - 430 37 54  
Fax 0871 - 276 332 24  
E-Mail: [erhard.grundl.ma04@bundestag.de](mailto:erhard.grundl.ma04@bundestag.de)  
[www.erhard.grundl.de](http://www.erhard.grundl.de)

## **Pressemitteilung vom 25. Oktober 2019**

### **Bundestag endlich verkleinern**

*Zu der Gesetzesinitiative von Bündnis 90/Die Grünen, FDP und LINKE zur Reform des Wahlrechts erklärt der niederbayerische Bundestagsabgeordnete Erhard Grundl:*

„Entscheidend sind bei einer Reform des Wahlrechts zwei Punkte. Ein riesiger Bundestag mit dauerhaft über 700 Abgeordneten verliert in der Bevölkerung massiv an Akzeptanz und ist darum schlecht für unsere Demokratie. Da muss der Gesetzgeber auf jeden Fall handeln. Zum Zweiten muss das System der Verhältniswahl gewahrt bleiben. Das heißt, die Zweitstimmen entscheiden über die Stärke der Fraktionen. Dies alles ist bei unserem gemeinsamen Gesetzesentwurf enthalten.“, erläutert Grundl. „Nachdem die Koalitionsfraktionen nicht in der Lage waren, innerhalb von zwei Jahren einen Vorschlag vorzulegen, der diese für die Demokratie wichtigen Faktoren beachtet, erwarten wir, dass nun unser Vorschlag diskutiert wird.“

„Drei Fraktionen im Deutschen Bundestag haben nun einen Gesetzesentwurf eingebracht, mit dem die weitere Aufblähung des Parlaments wirksam eingedämmt werden kann. Nachdem bisher alle Bemühungen für eine zukunftssichere Reform von den Unionsparteien – und hier besonders der CSU – blockiert wurden, sollte nun endlich gehandelt werden“, so Erhard Grundl.

Der Deutsche Bundestag hat momentan 709 Abgeordnete statt der eigentlich vorgesehenen 598. Nach der nächsten Bundestagswahl könnten es nahezu 800 Abgeordnete werden. Das Problem resultiert aus den Überhang- und Ausgleichsmandaten. Die Stärke der einzelnen Fraktionen wird durch die Zweitstimmen gebildet. Hat eine Partei deutlich mehr Erststimmen als Zweitstimmen, passt das Verhältnis nicht mehr und muss ausgeglichen werden.

Der Vorschlag von Grünen, Linken und FDP umfasst mehrere Ansätze. Zum einen soll die Anzahl der Wahlkreise moderat von 299 auf 250 reduziert werden. Zweiter Punkt ist die Abschaffung des Sitzkontingentverfahrens. Und als dritter Punkt soll die Gesamtgröße des Bundestages von 598 Mandatsträger auf 630 Parlamentarier erhöht werden.

Auch Niederbayern ist an der Aufblähung des Deutschen Bundestags mit beteiligt. Denn die CSU stellt 5 Direktmandate. Mit den 40,9 % der Zweitstimmen stünden ihr aber nur 4 Mandate zu. Also muss das 5. Direktmandat ausgeglichen werden, indem die anderen Parteien zusätzliche Sitze bekommen, bis das Verhältnis wieder stimmt.